

Von Abgrenzung zur friedlicher Integration

Wie agierte die katholische Kirche in der Zeit zwischen Imperialismus und Erstem Weltkrieg? Wie integrierten sich die Katholisch-Konservativen in den jungen Bundesstaat? Ein Einblick.



Die Jahre von 1846 bis 1871 waren geprägt vom Aufschwung der katholischen Bewegung in ganz Europa. Als Hauptfeind wurde der Liberalismus und dessen Staatskirchentum bezeichnet. Die katholische Kirche verfolgte das ideologische Programm einer Abschottung von der Moderne im Sinne des Ultramontanismus. Das Problem war, dass neben der Kirche die moderne Wissenschaft zunehmend als neuer Orientierungs- und Deutungsrahmen in Erscheinung trat. Dagegen organisierten Protestanten wie Katholiken neue Formen der Frömmigkeit, was der gängigen Vorstellung widerspricht, dass 19. Jahrhundert sei ein Zeitalter der Säkularisierung.

Abschottung gegen aussen, hierarchische Disziplinierung im Innern

Auf katholischer Seite war ein Ausgangspunkt für das «Unbehagen an der Moderne» die Enzyklika «Mirari Vos». Diese veröffentlichte Papst Gregor XVI. (Pontifikat 1831–1846) 1832 und begründete damit die klare Ablehnung jedweder Religions- und Gewissensfreiheit. Dieser Standpunkt löste heftige liberale Angriffe auf Papst, Kirchenstaat und kirchliche Autoritäten aus, was wiederum den Widerstandswillen und die Stellung der Hierarchie in der katholischen Welt stärkte. Papst Pius IX. (Pontifikat 1846–1878) ging in diesem Sinne weiter, dogmatisierte 1854 die unbefleckte Empfängnis Marias und verkündete 1864 den «Syllabus Errorum», ein Katalog von 80 liberalen «Irrtümern». Dazu zählte er nebst dem Sozialismus auch die Menschenrechte. Diese Entwicklung kulminierte schliesslich im Ersten Vatikanischen Konzil 1869–1870, welches das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes festschrieb. Damit war eine klare Grenze zwischen dem Katholizismus und der modernen Welt gezogen. Die Abgrenzung zum Protestantismus wurde auch wieder deutlicher, denn eine Enzyklika von 1881 erklärte, dass die Aufklärung und die Ideen der Französischen Revolution Produkte der Reformation seien.

Auf den Triumph des Papsttums mit dem Vatikanum folgte allerdings wenige Wochen später eine empfindliche politische Niederlage, nämlich die Eroberung Roms durch die italienischen Truppen

und der Untergang des Kirchenstaates im Kontext des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71. Der Kirchenstaat wurde danach dem neuen Königreich Italien einverleibt. Übrig blieb der kleine Vatikanstaat, den Benito Mussolini 1929 mittels der Lateranverträge legitimieren sollte.

Der nachfolgende «Kulturkampf» förderte 1871 auch die Abspaltung der «Altkatholischen Kirche» (1876 auch in der Schweiz), was aber der katholischen Kirche nicht weiter gefährlich werden konnte. Im Gegenteil, man forcierte mit katholisch-konfessionellen Vereinen, zum Beispiel den Piusvereinen, die Integration des Milieus nach innen.

Leo XIII. (Pontifikat 1878–1903) hielt zwar an den Grundsätzen seines Vorgängers fest, aber versuchte, die vorhandenen Gegensätze, wo es möglich war, auf friedlichem Wege auszugleichen. So wurden die Laien angeregt, ein regeres kirchliches Leben zu führen und an der Politik teilzunehmen. Das unterstützte die Gründung von Gewerkschaften, Arbeitervereinen und politischen Parteien. Pius X. (Pontifikat 1903–1914) wiederum bekämpfte diese zaghaften Öffnungen. Er definierte «Modernismus» abermals als ein häretisches theologisches System, ja als «Sammelbecken aller Häresien». Das gipfelte in der Forderung für das ganze katholische Personal einen «Antimodernisteneid» zu leisten, um modernen Ideen abzuschwören. Schon wieder war theologische Abgrenzung wichtiger als das Lösen von politischen Konflikten.

Imperialismus, Mission und Krieg

Für die Zeitspanne von 1870 bis 1914 fällt das imperialistische Vorgehen der europäischen Länder zusammen mit den energischen Versuchen einer Christianisierung der Naturvölker in der Südsee und in Afrika sowie der alten Kulturvölker Asiens. Seit den 1830er-Jahren wurde mit dem Wiedererstarken des Katholizismus auch der katholische Missionseifer geweckt, stark gefördert durch den Welthandel und die Kolonialpolitik. Stellvertretend für die Kritik an diesem Vorgehen der christlichen Kirchen sei Frantz Fanon (1925–1961) zitiert: «Die Kirche in den Kolonien ist eine Kirche von Weissen, eine Kirche von Ausländern. Sie ruft

Dr. phil. René Roca (Jg. 1961) studierte an der Universität Zürich Allgemeine Geschichte, Germanistik und Philosophie. Er promovierte mit einer Arbeit zu «Bernhard Meyer und der liberale Katholizismus der Sonderbundszeit. Religion und Politik in Luzern (1830–1848)». Er ist Gymnasiallehrer in Basel und leitet das Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch). Er publiziert regelmässig zu den Themen direkte Demokratie, Genossenschaftsprinzip und Naturrecht.

den kolonisierten Menschen nicht auf den Weg Gottes, sondern auf den Weg des Weissen, auf den Weg des Herrn, auf den Weg des Unterdrückers.»

Im Rahmen der protestantischen Mission waren in der Regel private Missionsgesellschaften tätig. So zum Beispiel die Basler Mission, die 1815 gegründet wurde und anfangs lediglich Missionsschule war. Die römisch-katholische Mission war gegenüber der protestantischen zentralistisch organisiert und stand unter einer einheitlichen Leitung. Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts war für die katholische Kirche zusammen mit der Spaltung der Christenheit ein Problem und ein Haupthindernis für den Fortschritt bei der Missionierung. Die «Übernationalität» des Katholizismus führte dann aber auch nicht dazu, den

«Die Katholisch-Konservativen nutzten den Ausbau der direkten Demokratie auf Bundesebene zu ihren Gunsten.»

René Roca

aggressiven Nationalismus zu kritisieren und die Kriegsgefahren Anfang des 20. Jahrhunderts zu thematisieren. Im Gegenteil, die Kirchen segneten bei allen Kriegsparteien die Waffen und viele Geistliche – ob Katholiken oder Protestanten – sahen den Ersten Weltkrieg als «Gerichtshandeln Gottes». Die meisten Theologen erlagen dem Durcheinander von «Vaterlandsliebe, Kriegslust und christlichem Glauben», wie Karl Barth (1886–1968) schon im ersten Kriegsmonat 1914 beklagte.

Schweiz – Vom Kulturkampf zur Integration in den Bundesstaat

Mit der 1869 geforderten Einführung der Zivilehe provozierte die freisinnige Bewegung erste kulturkämpferische Auseinandersetzungen. Auch das Erste Vatikanische Konzil 1870 verschärfte in der Schweiz wie in Europa den Kulturkampf. Dieser historische Kontext begleitete auch die eidgenössische Verfassungsdiskussion. Ein erster Versuch einer Totalrevision der Bundesverfassung scheiterte 1872. Der zweite Versuch von 1874 stand immer noch im Zeichen des Kulturkampfes, allerdings beschränkte sich die Gegnerschaft nun auf die Katholisch-Konservativen. Die revidierte Bundesverfassung wurde schliesslich angenommen und das Jesuitenverbot sogar noch verschärft.* Die Katholisch-Konservativen in der Schweiz begaben

sich aber danach nicht so rigide wie in anderen europäischen Ländern in eine fatale Isolation, sondern nutzten den Ausbau der direkten Demokratie auf Bundesebene zu ihren Gunsten. Wie gelang dies? Eine wegweisende Neueuerung der Verfassungsrevision von 1874 war die Einführung des fakultativen Referendums. Die Katholisch-Konservativen ergriffen nun immer wieder das Referendum und vermieden so die zunehmende «Ghettoisierung». Obwohl es anfangs zu regelrechten «Referendumsstürmen» kam, sorgte dies auch für eine zunehmende Integration der Katholiken. Urs Allematt schreibt anerkennend, dass die politische Emanzipationsbewegung der Katholiken nach 1848 das kirchentreue Volk auf demokratischer Basis organisierte: «Im Gegensatz zu den politischen Programmen anderer katholischer Parteien Europas anerkannte der politische Katholizismus in der Schweiz die Demokratie von Anfang an als selbstverständliche Staatsform [...]»

Der Luzerner Josef Zemp (1834–1908) spielte eine herausragende Rolle für die Integration der Katholisch-Konservativen in den schweizerischen Bundesstaat. Eine von ihm mitgetragene Motion im Nationalrat stellte in der Entwicklung des politischen Katholizismus eine historische Zäsur dar, denn sie signalisierte die Bereitschaft, in dem seit 1848 freisinnig (liberal) dominierten Bundesstaat konstruktiv mitzuarbeiten. Die Motion beinhaltete unter anderem eine Weiterentwicklung der direkten Demokratie auf Bundesebene. Nach den positiven Erfahrungen mit dem fakultativen Referendum forderten nun die Katholisch-Konservativen die Einführung einer Verfassungsinitiative, was 1891 schliesslich gelang. Zemp wurde im gleichen Jahr in den Bundesrat gewählt, was die Versöhnung mit dem Bundesstaat noch augenscheinlicher machte. 1894 gaben sich die Katholisch-Konservativen erstmals Parteistrukturen und nannten sich «Katholische Volkspartei», ab 1912 dann «Konservative Volkspartei». Die Schweiz besass zwar keine koloniale Agenda, doch waren zahlreiche Unternehmen und Privatpersonen in den weltumspannenden Handel integriert und profitierten von ihm. Daneben unterstützten Missionswerke der Kirchen zahlreiche Projekte. Wieweit damit die imperialistische Politik, der Sklavenhandel und rassistischen Tendenzen unterstützt wurden, sind die Themen von aktuellen Forschungen.

René Roca

* Siehe ausführlich dazu den Artikel von Urban Fink-Wagner auf www.kirchenzeitung.ch